

# Reform der EU-Fusionskontrolle

## Notwendigkeit des Abbaus von Hindernissen für Finanzmarktinfrastrukturen

### Executive Summary

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die EU-Fusionskontrolle – eine der wichtigsten Säulen der Wettbewerbspolitik – häufig dafür gesorgt, dass Unternehmenszusammenschlüsse weder den Wettbewerb verzerren noch den Verbrauchern schaden. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Weltwirtschaft, des wachsenden geopolitischen Drucks und vor allem strategischer Erwägungen besteht jedoch weitgehende Einigkeit darüber, dass die EU-Fusionskontrollleitlinien weiterentwickelt werden müssen, um den neuen Realitäten Rechnung zu tragen, ohne die bewährten Grundprinzipien des etablierten Wettbewerbsrechts zu untergraben.

Als Reaktion auf die weit verbreiteten Forderungen von Mitgliedstaaten, Experten und politischen Entscheidungsträgern kündigte die Europäische Kommission 2025 an, dass sie die EU-Fusionskontrollleitlinien überarbeiten und die Aktualisierung auf 2026 vorziehen will. Ziel der Reform ist es, die Fusionskontrolle an ein sich rasch wandelndes Umfeld anzupassen, das von Digitalisierung, globaler Integration, Nachhaltigkeit und Resilienz geprägt ist, und ein neues Gleichgewicht zwischen der Aufrechterhaltung eines wirksamen Wettbewerbs und der Möglichkeit für Unternehmen, global zu expandieren, innovativ zu sein und die strategische Autonomie Europas zu stärken, herzustellen.

Die **cepStudie** untersucht zwei zentrale Forschungsfragen: (1) Müssen die Kriterien für die Marktdefinition angepasst werden, um die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken? (2) Inwieweit können durch Fusionen erzielte Effizienzgewinne Wettbewerbsnachteile ausgleichen und sollten solche Vorteile daher im Rahmen der Fusionskontrolle stärker berücksichtigt werden? Beide Fragen werden mit besonderem Fokus auf den Bereich der Finanzmarktinfrastrukturen beantwortet. Letztlich identifiziert die Studie Schwachstellen des derzeitigen Fusionskontrollrahmens und macht Vorschläge zur Anpassung dieses Rahmens.

In Bezug auf **die Marktdefinition** fordert die Studie

- eine vorausschauende **geografische Marktabgrenzung**, die die grenzüberschreitende Integration und die globalen Wettbewerbszwänge in vernetzten und technologieorientierten Sektoren widerspiegelt,
- eine stärkere Berücksichtigung des **potenziellen Wettbewerbs** und künftiger Markteintritte,
- einen stärker **funktionalen Ansatz bei der Definition des Produktmarktes** und
- eine stärkere Einbeziehung **der regulatorischen Kostenstrukturen** in die Fusionsanalyse, wobei zu berücksichtigen ist, wie sich sektorspezifische Regulierung auf Größe, Markteintritt und langfristige Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.

In Bezug auf **Effizienzgewinne** empfiehlt die Studie

- die bessere Anerkennung **langfristiger und dynamischer** und nicht nur kurzfristiger, statischer **Effizienzgewinne**,
- **die Erweiterung und Klarstellung der Arten von Effizienzgewinnen**, die potenzielle wettbewerbswidrige Auswirkungen ausgleichen können, einschließlich von Vorteilen in Bezug auf Innovation, Systemstabilität und Kapitalmarktintegration,
- **die Senkung der Beweisanforderungen für den Nachweis solcher Effizienzgewinne**, um ihre praktische Relevanz sicherzustellen, und

- **Vorsicht bei einer möglichen Vorzugsbehandlung „strategischer Sektoren“** – um politischen Missbrauch zu verhindern und gleichzeitig legitime Bedenken hinsichtlich Resilienz und Sicherheit anzuerkennen.

Im Kern bekräftigt die **cepStudie**, dass ein funktionierender Wettbewerb nach wie vor ein Eckpfeiler des europäischen Wirtschaftsmodells ist und Innovation, Produktivität und Verbraucherwohlfahrt fördert. Die Überarbeitung der EU-Fusionskontrollleitlinien sollte daher eher dem Prinzip der Evolution als dem der Revolution folgen. Die Grundprinzipien sollten aufrechterhalten werden. Gleichzeitig bedarf es einer Anpassung an die heutigen globalen Realitäten. Diese Realitäten erfordern einen flexibleren Rahmen, der den grenzüberschreitenden Wettbewerb besser abbildet und langfristige Effizienzgewinne anerkennt. Letztlich muss der Wettbewerb das Leitprinzip bleiben, während andere politische Ziele in erster Linie durch andere spezifische politische Instrumente verfolgt werden sollten.